

Interpellation SVP-Fraktion vom 27. September 2005  
(Wortlaut anschliessend)

## **Rolle und Legitimation des Dachverbandes der Ausländerorganisationen**

Schriftliche Antwort der Regierung vom 2. November 2005

In ihrer Interpellation vom 27. September 2005 nimmt die SVP-Fraktion Bezug auf die Gründung der «Stimme der Migrantenvereine des Kantons St.Gallen» und stellt Fragen zu deren Rolle und Legitimation.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer beträgt im Kanton St.Gallen 20,4 Prozent. Sie sind damit nicht nur eine bedeutende Bevölkerungsgruppe, sondern auch ein bedeutender Wirtschafts- und Standortfaktor. Gemäss dem demokratischen Selbstverständnis der Schweiz und ihrer politischen Tradition sollen wichtige gesellschaftliche Gruppierungen ihre Anliegen in geeigneter Weise in die politische Diskussion einbringen können und bei der Erarbeitung von Grundlagen und Entscheiden, von denen sie betroffen sind, eingebunden und in die Pflicht genommen werden. Damit dies auch für den ausländischen Bevölkerungsteil möglich wird, hatte die Regierung die Bildung eines Dachverbandes der Vereinigungen von Ausländerinnen und Ausländern angeregt, der analog zu anderen Interessenvertretungen die spezifischen Anliegen der Ausländerinnen und Ausländer wahrnimmt und in der Öffentlichkeit artikuliert. Voraussetzung für eine legitimierte Interessenvertretung ist eine demokratische Organisation gemäss schweizerischem Vereinsrecht und der Einbezug der wichtigsten Gruppierungen in die Interessenvereinigung. Im Fall der Migrantinnen und Migranten bedeutet dies, dass die wichtigsten Gruppen der ausländischen Bevölkerung in der Dachorganisation vertreten sein müssen, damit die Vielfalt des ausländischen Bevölkerungsteils adäquat repräsentiert wird.

Die Regierung beantwortet die Fragen wie folgt:

1. Mit der Gründung des Dachverbandes «Stimme der Migrantenvereine des Kantons St.Gallen» am 24. September 2005 vollzog der ausländische Bevölkerungsteil den Schritt, ihre Vereine zu einer breit abgestützten Interessenvertretung zusammenzuschliessen und zum Gesprächspartner für politische Behörden und für Institutionen der Zivilgesellschaft zu werden. Gründungsmitglieder der «Stimme der Migrantenvereine des Kantons St.Gallen» sind 52 Ausländervereine und herkunfts- oder sprachspezifische kantonale Zusammenschlüsse von Ausländervereinen. Alle wichtigen Ausländergruppierungen des Kantons St.Gallen sind im Verband vertreten, ebenso Vereine aus allen Kantonsgebieten. Der Vorstand setzt sich aus elf Mitgliedern zusammen, unter ihnen Ausländerinnen und Ausländer sowie Schweizerinnen und Schweizer ausländischer Herkunft, zudem Vertreterinnen oder Vertreter aus den vier grossen Kontinenten.
2. Die «Stimme der Migrantenvereine des Kantons St.Gallen» ist in der Lage, die ausländische Bevölkerung im Kanton St.Gallen adäquat zu vertreten. Sie erfüllt die Kriterien für eine ausreichend legitimierte Interessenvertretung in dem Mass, wie sie auch von anderen vergleichbaren Interessenvertretungen erfüllt werden.

3. In der Verfassung des Kantons St.Gallen ist das Ausländerstimmrecht nicht vorgesehen. Es ist in der Schweiz jedoch jedermann freigestellt, sich über die politischen Rahmenbedingungen Gedanken zu machen und Änderungsvorschläge mit demokratischen und rechtsstaatlichen Mitteln parlamentarisch oder ausserparlamentarisch in die öffentliche Diskussion einzubringen.

2. November 2005

Wortlaut der Interpellation 51.05.41

**Interpellation SVP-Fraktion: «Rolle und Legitimation des Dachverbandes der Ausländerorganisationen**

Am 24. September 2005 fand in St.Gallen mit Unterstützung der Regierung die Gründungsversammlung des Dachverbandes der Ausländerorganisationen des Kantons St.Gallen statt.

Der Verband will nach eigenen Angaben als Lobbyorganisation bei politischen Entscheidungen Einfluss nehmen und sich auch auf Gemeindeebene aktiv an Projekten beteiligen.

Die SVP-Fraktion bittet die Regierung, folgende Fragen zu beantworten:

1. Auf welche Legitimation stützt sich der Anspruch des Dachverbandes, die Ausländerinnen und Ausländer im Kanton St.Gallen zu vertreten?
2. Erachtet es die Regierung nicht als problematisch, eine Organisation als Ansprechpartner zu wählen, die offensichtlich nicht die Gesamtheit der Ausländerinnen und Ausländer im Kanton St.Gallen vertritt?
3. Wie stellt sich die Regierung zur Forderung des Dachverbandes, das Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf kantonaler Ebene einzuführen, nachdem diese Möglichkeit in der neuen Kantonsverfassung nicht vorgesehen ist?»

27. September 2005